



2. POLITISCHER KRISENBERICHT / UKRAINE

„Orange“ gedemütigt und in Trümmern Kommt die „blaue“ Gegenrevolution? Sind Neuwahlen die Lösung?

von Ralf Wachsmuth, Außenstelle Kiew

Kiew, 11. Juli 2006

Einige Tage vor dem Ablauf der 3-Monatsfrist hatte Julia Timoschenko, Vorsitzende der Fraktion Block Julia Timoschenko (BJUT), am 22. Juni im Parlament verkündet, dass ihre Partei, die Fraktion Nascha Ukraina (NU) und die Sozialistische Partei sich auf eine gemeinsame Koalition geeinigt hätten. Nur wenige Wochen später ist die Koalition geplatzt. Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Moros hat sich am vergangenen Donnerstag, den 6. Juli, überraschend mit den Stimmen der Kommunisten und der Partei der Regionen zum Parlamentssprecher wählen lassen. Droht nach dem Untergang der „orangenen“ Bewegung nun eine „blaue“ Gegenrevolution, setzt sich die Vernunft in Form einer breiten Koalition von Nascha Ukraina und der Partei der Regionen (PR) durch oder liegt das Gespenst von Neuwahlen in der Luft?

Moros: der Judas unter den ukrainischen Politikern?

Das „orangene“ Dreigestirn brach zusammen, bevor es überhaupt mit der Arbeit begonnen hatte. Das schnelle Aus für die mühsam nach langen und schwierigen Verhandlungen zusammengestellte Wiederauflage der im September letzten Jahres schon einmal gescheiterten Koalition kam für politische Beobachter und Politiker gleichermaßen überraschend. Vor allem die nach den letzten Wahlen arg geschrumpfte Kommunistische Partei konnte ihr Glück, unerwartet ihre Hand in Richtung Regierungsbeteiligung ausstrecken zu können, gar nicht fassen. Auch die Partei der Regionen hatte sich bereits mit ihrer Oppositi-

onsrolle angefreundet und sich über den Kompromiss, der zum Ende der Parlamentsblockade am vergangenen Donnerstag geführt hatte, gefreut und als Erfolg gefeiert. Einen Tag später, am 7. Juli, präsentierten die Sozialisten, Kommunisten und die Partei der Regionen eine neue „Anti-Krisen“-Koaliti-



Oben: Am 7. Juli präsentierten Petro Symonenko (Kommunisten), Viktor Janukowytsch (Partei der Regionen) und Oleg Zushko (Sozialisten) ihre „Anti-Krisen-Koalitionsvereinbarung“ der Presse.

Unten: Erinnerung an vergangene Tage – am 13. April hatten Roman Bessmertny (Nascha Ukraina), Julia Timoschenko (BJUT) und Oleksandr Moros (Sozialisten) ihre Absichtserklärung zur „Bildung der Koalition der demokratischen Kräfte“ vorgestellt.



onsvereinbarung und kündigten an, Janukowytsch für den Posten des Premierministers zu nominieren. Die Ukraine – eine europäische Bananenrepublik?

Seit dem „Verrat“ an der „orangenen“ Bewegung durch Moros werden kübelweise Kritik, Hohn und Spott über den neuen Parlamentssprecher ausgegossen. „Moros ist ein professioneller Verräter und ein käuflicher und zynischer Mann“, sagt David Zhvania, Mitglied

der Fraktion Nascha Ukraina. Selbst enge Weggefährten aus der Sozialistischen Partei distanzierten sich von ihm, nennen ihn „Verräter“ und treten von Parteiposten zurück. Auch Jurij Luzenko, Innenminister der Ukraine und einer der bedeutendsten Politiker in den Reihen der Sozialistischen Partei, kündigte seinen Rückzug aus der Partei für den Fall an, dass sie tatsächlich eine Koalition mit der Partei der Regionen und den Kommunisten eingeht. Moros hat nach Meinung von Luzenko „das moralische und professionelle Recht, Parlamentssprecher zu sein, doch darf man nicht die Kosten dieser Entscheidung außer Betracht lassen ... Es geht schließlich um die Einheit der Partei.“ Der Zusammenhalt der Partei ist in der Tat gefährdet. Moros war mit dem klaren Mandat der Wähler in die Koalitionsverhandlungen mit Nascha Ukraina und der Fraktion BJUT gegangen, eine ‚orangene‘ Koalition zu bilden. Der Gefühlsaubruch seines Stellvertreters Vinsky, „Wie wollen Sie Ihren Wählern in die Augen schauen?“, zeigt das Dilemma der einsamen Entscheidung von Moros, die Seiten zu wechseln. Sollte der Präsident Neuwahlen ausrufen, hat die Sozialistische Partei beste Aussichten, in Zukunft außerhalb des Parlaments Politik betreiben zu dürfen.

Die Gründe, die Moros bewegten, die ‚orangene‘ Koalition nach all den zähen, aber letztendlich erfolgreichen Verhandlungen mit einem einzigen Volltreffer zu versenken, liegen im Dunkeln. Wie in der Ukraine üblich, wo politische Korruption zum Tagesgeschäft zählt, gehört der Verdacht der Bestechung zum Standardrepertoire. Schon vor Wochen hatte Tomenko von der Fraktion BJUT das Gerücht in die Welt gesetzt, die Partei der Regionen hätten in ihrer ‚Kriegskasse‘ etwa 250 Millionen Dollar gesammelt und befänden sich bereits auf Einkaufstour im Parlament. Andere Quellen behaupten, der Deal mit den Sozialisten habe 120 Millionen Dollar gekostet. Man muss Moros allerdings die Tatsache zugute halten, dass er bei Nascha Ukraina mit seiner Forderung auf taube Ohren gestoßen war, eine Alternative zu Poroschenko als Parlamentssprecher zu nominie-

ren, und er schon Tage vor der Abstimmung Zweifel an der Unterstützung der Sozialisten hatte aufkommen lassen. Er begründete seine Forderung damit, dass seiner Meinung nach Poroschenko und Timoschenko zu einer vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit nicht fähig wären und die neue Koalition am Zwist zwischen den beiden schon bald auseinander fallen würde: „Ich habe genügend Anhaltspunkte, um zu zeigen, dass die Wahl von ... Poroschenko und Timoschenko ... unvermeidlich ein explosives Gemisch darstellen würde.“ Diese Meinung wird auch von den meisten politischen Beobachtern geteilt. Gleichzeitig hatte sein Vize Vinsky in einem Interview am Tag der Abstimmung die Treue zur Koalition bekräftigt: „Die Sozialistische Partei der Ukraine ist eine verantwortlich handelnde Partei. Wir werden die von Nascha Ukraina vorgeschlagene Kandidatur unterstützen.“ Stunden später war alles anders. Moros stellte sich selbst zur Wahl, worauf Poroschenko seine Kandidatur zurückzog. Damit hatte Moros sein erstes Ziel erreicht: Poroschenko als Parlamentspräsidenten zu verhindern. Moros hatte damit unzweifelhaft gegen die Übereinkunft zwischen den drei Koalitionären verstoßen, gegen die Nominierungen der jeweils anderen Partner kein Veto einzulegen. Durch seinen eigenen Rückzug hätte die fragile Koalition Bedenkzeit gewinnen können, um Nascha Ukraina Gelegenheit zu geben, entweder einen anderen Kandidaten zu küren (z.B. Premierminister Jechanurow, den Wunschkandidaten von Juschtschenko) oder die Koalition aufzukündigen. So nahm das Unheil seinen Lauf. Moros selbst verzichtete nicht auf seine Kandidatur und ergriff seine letzte Chance beim Schopf, sein zweites Ziel, in seinem politischen Leben noch einmal ein hohes Amt zu bekleiden, zu verwirklichen, ließ sich von den politischen Gegnern wählen und stürzte die Ukraine in eine folgeschwere Krise. Es sei in diesem Zusammenhang noch einmal daran erinnert, dass Moros auf der ersten Parlamentssitzung nach den Parlamentswahlen öffentlichkeitswirksam den Verzicht auf das Amt des Parlaments-

sprechers verkündet hatte, das ihm Timoschenko in der ihr eigenen Selbstherrlichkeit und gegen alle Vereinbarungen mit Nascha Ukraina zugeschanzt hatte.

Keine Hoffnung mehr für ‚Orange‘?

Die Koalition aus Sozialisten, Partei der Regionen und Kommunisten hat zwar Janukowytsch als ihren Kandidaten für das Amt des Premierministers nominiert und konnte eine ausreichende Zahl von Unterschriften vorweisen (bisher 233 von 240 möglichen), doch Nascha Ukraina gibt nicht auf, für die ‚orangene‘ Koalition zu kämpfen. Am 10. Juli gab Roman Swarytsch, Justitiar der Fraktion und Mitglied des Politischen Rates, bekannt, dass die Fraktion dem Präsidenten die Nominierung von Julia Timoschenko zur Premierministerin vorgelegt habe. Nach Aussage von Swarytsch existiert die Koalition weiterhin „de jure“, da bisher kein Schreiben von der Sozialistischen Partei eingegangen sei, in der sie die Koalitionsvereinbarung aufkündigt. Laut Verfassung sei die Existenz von zwei Koalitionen gleichzeitig nicht möglich. Der Präsident solle daher beim Verfassungsgericht eine Klärung herbeiführen. Das Problem ist nur, dass das Verfassungsgericht seit einigen Monaten wegen eines fehlenden Quorums nicht arbeitsfähig ist. Präsident Juschtschenko gab in einem Radiointerview am 8. Juli deutlich zu erkennen, erst dann dem Parlament einen Premierminister vorzuschlagen, wenn das Parlament seiner Pflicht nachgekommen sei, über die Verfassungsrichter abzustimmen: „Für die Regierungsbildung bleiben noch drei Wochen Zeit. Die Koalition soll dem Präsidenten ihren Premierministerkandidaten vorschlagen. Ich werde diesen Kandidaturvorschlag nur dann an das Parlament weiterleiten, wenn das Verfassungsgericht seine Tätigkeit wieder aufnimmt.“ Ansonsten würde er von seinem Recht auf Parlamentsauflösung Gebrauch machen. Am 10. Juli erklärte der Präsident zu diesem Thema: „Nur das Verfassungsgericht ist in der Lage, die Verfassungsmäßigkeit der Handlungen aller Machtorgane zu beurteilen. Es ist die Garantie der Legitimität aller zukünftigen

Entscheidungen und Unternehmungen.“ Die Partei der Regionen und die Sozialisten haben sich bisher erfolgreich der Ernennung neuer Verfassungsrichter widersetzt. Sie wissen – und Präsident Juschtschenko hat es wiederholt angekündigt –, dass er die Absicht verfolgt, die Verfassungsreform vom Dezember 2004, die die Rechte des Präsidenten zugunsten von Regierung und Parlament schwächt, auszuhebeln, indem das Verfassungsgericht die Verfassungsänderungen kassiert und den alten Zustand wiederherstellt.

Orange-blau als Alternative?

Juschtschenko wird die ihm von der Verfassung gebliebenen Rechte und seine Stellung als Präsident vermutlich dahingehend nutzen, um Neuwahlen tunlichst zu vermeiden. Das ‚orangene‘ Projekt ist gescheitert, eine ‚blaue‘ Gegenrevolution kann nicht im Sinne des Präsidenten noch der weiteren Entwicklung des Landes sein. Die Ukraine braucht dringend eine stabile Regierung, gebildet aus Teilen des ‚orangenen‘ Lagers und der Partei der Regionen.

Sobald die noch im Prinzip de jure existierende ‚orangene‘ Koalition aufgelöst ist (de facto seit dem 7. Juli), kann erst nach 10 Tagen eine neue Koalition gebildet werden. Das bedeutet, die von der Partei der Regionen, den Kommunisten und den Sozialisten gebildete Koalition kann frühestens am 17. Juli dem Präsidenten einen Vorschlag für das Amt des Premierministers unterbreiten. Es bleibt also noch genügend Zeit, um weitere Koalitionsalternativen auszuloten. Die Partei der Regionen, denen die Regierungsbeteiligung praktisch aus heiterem Himmel vor die Füße gefallen ist, kann kein Interesse an einer Beteiligung der Kommunisten haben. Sie ist nicht die Russland-hörige Partei, wie sie fälschlicherweise in den westlichen Medien dargestellt wird, genau so wenig wie Nascha Ukraina eine von Washington gesteuerte Partei darstellt. Donezk, Charkiw, Luhansk und Odessa – die Stützpfeiler der Macht der Partei der Regionen – sind anders als Lwiw, Iwano-Frankiwsk oder Ternopil Städte mit enormem

wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potential. Die Zukunft der Ukraine wird in diesen Städten geschrieben und nicht im Westen des Landes, dessen wirtschaftliche Basis eher schmal ist und zum großen Teil auf west- und zentraleuropäische ‚Nomadenindustrie‘ setzt, also Unternehmen, die bei Veränderung der zur Zeit noch günstigen Rahmenbedingungen (z.B. niedrige Löhne) genau so schnell wieder weiter ziehen, wie sie gekommen sind.

Vor allem die jungen Kräfte innerhalb der Partei der Regionen und die starke Business-Fraktion heben sich von den Hardlinern alter Prägung, die es durchaus immer noch an einflussreicher Stelle gibt, dadurch ab, dass sie den Weg einer stärkeren Integration in westliche Strukturen anstreben, ohne allerdings Russland permanent auf die Füße zu treten. Eine zu enge Bindung an die rückwärtsgewandten Kommunisten würde einen Schatten auf den westlichen Kurs werfen und diesen nur behindern. Hätte die Partei der Regionen also die Wahl zwischen den Kommunisten und Nascha Ukraina, würde sie sich klugerweise auf eine Koalition mit NU einlassen. Sollte Nascha Ukraina geschlossen die Seiten wechseln, wäre auch eine Beteiligung der Sozialisten nicht mehr nötig. Über den Posten des Parlamentspräsidenten könnte ein weiteres Mal – dann aber mit anderen Mehrheiten – abgestimmt werden. Nascha Ukraina und die Partei der Regionen hätten eine ausreichende Mehrheit, zu der sich sicherlich einige Sozialisten und auch Teile des Blocks Julia Timoschenko gesellen würden. Die Partei der Regionen käme in die Regierungsverantwortung, und Nascha Ukraina könnte in dieser Koalition das ‚orangene‘ Feigenblatt vor sich hertragen. Beide Parteien wären zum Erfolg verurteilt.

Die Verhandlungsposition von Nascha Ukraina hat sich in den vergangenen Wochen allerdings verschlechtert. Es besteht kaum ein Zweifel, dass die Verhandlungen zwischen NU und PR vor etwa vier Wochen schon sehr weit gediehen waren. Beide Seiten hatten die inhaltlichen Diskussionen praktisch schon

abgeschlossen und waren sich auch in Personalfragen näher gekommen. Angeblich war die Partei der Regionen sogar bereit, auf den Posten des Premierministers zu verzichten. Die inländischen und ausländischen politischen Beobachter waren sich unaufgeregt einig: es wird eine Koalition zwischen der Partei der Regionen und Nascha Ukraina geben. Plötzlich, fast über Nacht, war davon keine Rede mehr. Über die Ursachen des Abbruchs der Verhandlungen gibt es nur Spekulationen. Eine lautet, dass aufgrund amerikanischen Drucks auf Juschtschenko das Projekt der Zusammenarbeit mit der Partei der Regionen auf Eis gelegt wurde. Damals war es NU, auf die sich die Partei der Regionen zubewegen musste. Heute ist die Situation umgekehrt. Die Partei der Regionen ist nicht länger auf NU angewiesen und sitzt am längeren Hebel. Gleichzeitig aber braucht sie NU als Türöffner in den Westen. Janukowytsch wie auch andere führende Vertreter der Partei der Regionen weisen wiederholt darauf hin, dass die Türen ihrer Koalition für andere Parteien offen stehen. Jewhen Kuschnarjow z.B. sagte am 8. Juli: „Wir [die Koalition aus Sozialisten, Kommunisten und PR, Anm. des Verfassers] sind ein Spiegelbild der Koalition in Deutschland, wo Rechte und Linke es geschafft haben, sich zu vereinen, wobei in unserem Falle rechts noch ein wenig Platz ist.“

Nascha Ukrainas Reise ins Ungewisse

Mit dem unerwarteten Seitenwechsel der Sozialisten ist Nascha Ukraina herausgefordert worden. Die einzige Alternative für NU zu einer Zusammenarbeit mit der Partei der Regionen besteht darin, neben einer übermächtigen Julia Timoschenko in der Opposition ein karges Dasein zu fristen und sich allmählich aufzulösen. So mancher in der Partei wird mit Wehmut an die Zeit vor einem Monat zurückdenken, als der Verhandlungsspielraum erheblich größer war. Die Frage, ob die gesamte Fraktion zu einer Zusammenarbeit mit der Partei der Regionen bereit wäre, scheint gelöst zu sein. Auch die Partei Ruch von Außenminister Tarasjuk, die CDU und KUN (Kongress ukrainischer Nationalisten) sollen

Signale der Zusammenarbeit ausgesandt haben. Die Partei der Industriellen und Unternehmer hat ohnehin die geringsten Berührungspunkte. Bleibt noch ein Fragezeichen hinter der Volksunion Nascha Ukraina als größte Partei in der Fraktion. Auch in dieser Partei scheint sich eine Mehrheit für eine große Koalition mit PR abzuzeichnen. Diejenigen Abgeordneten, die ein Zusammengehen mit dem politischen Gegner aus Prinzip ablehnen, werden das Lager von Julia Timoschenko verstärken.

Nascha Ukraina ist in einer No-Win-Situation. Geht sie, wie von Bessmertny in einer ersten Reaktion auf den Seitenwechsel empfohlen, in die Opposition, lässt sie ihren Präsidenten Juschtschenko im Stich und verliert in der von Timoschenko dominierten Opposition noch mehr an Profil. Wie sich die Volksunion Nascha Ukraina unter den Koalitionsbedingungen entwickeln wird, bleibt abzuwarten. So oder so sind die Aussichten für das Land eher düster.

Neuwahlen als Überlebensstrategie für Nascha Ukraina?

Ob und wann die Ukraine wieder eine handlungsfähige und auf Dauer belastbare Regierung bekommt, hängt unter anderem auch vom weiteren Vorgehen der Fraktion Nascha Ukraina ab. Neuwahlen würden die zerrissene Partei in eine noch schwerere Krise stürzen und möglicherweise unter 10% drücken. Weil nur die Partei von Julia Timoschenko nach dem augenblicklichen Stand der Dinge von einem neuen Urnengang profitieren würde, fordert sie den Präsidenten nachdrücklich auf, das Parlament aufzulösen und den Weg für Neuwahlen frei zu machen. Ihr sozialdemokratisch-sozialistischer, populistischer Kurs wäre auch für die Wählerschaft der Kommunisten und derjenigen Sozialisten attraktiv, die den Schmusekurs von Moros mit der Partei der Regionen nicht mehr mittragen. Auch Anhänger von Nascha Ukraina, die von ihrer Partei [zu Recht, Anm. des Autors] enttäuscht sind, könnten sich Timoschenkos BJUT anschließen. Die Folge wäre eine starke Links-

partei auf der einen Seite des Parteienspektrums und eine übermächtige Partei der Regionen auf der anderen Seite; irgendwo dazwischen der bedauernde Rest von Nascha Ukraina, einer Partei, die sich noch im März vergangenen Jahres zum Ziel gesetzt hatte, größte Mitte-rechte Volkspartei des Landes zu werden und mittlerweile auf dem Boden der Tatsachen angekommen ist. Bessmertnys überraschende Erklärung in der Nacht vom 10. auf den 11. Juli, wonach Nascha Ukraina sich auf Neuwahlen vorbereiten wolle und sogar bereit sei, mit Batkiwschtschina eine gemeinsame Liste einzugehen, bedeutet womöglich das Ende der Partei. Julia Timoschenkos Block wird NU aufsaugen. Die Spaltung der Ukraine wird vorangetrieben.

Deutschland und die EU sollten nicht passiv reagieren

Die Europäische Union und Deutschland sollten aus eigenem Interesse ihren Einfluss in der Ukraine geltend machen. Es gilt, zu retten, was noch zu retten ist. Weder an einem Abdriften der Ukraine in den russischen Orbit noch an einer Zuspitzung der innenpolitischen Lage kann weder der EU noch Deutschland gelegen sein. Sollte sich der Präsident tatsächlich von Timoschenko zu Neuwahlen überreden lassen, steht der Ukraine ein Wahlkampf bevor, im Vergleich zu dem die skandalösen Präsidentschaftswahlen 2004 ein Kinderspiel waren. Ein wie auch immer diplomatisch verklausuliertes Zeichen aus Brüssel, vor allem aber aus Berlin, würde es beiden Seiten erleichtern, einen tragfähigen Kompromiss zu finden. Die Ukraine sollte trotz der aktuellen Probleme nicht als heißes Eisen betrachtet werden, bei dem man sich mit Blick auf Moskau nur die Finger verbrennen kann, sondern als ein Eisen, das man schmieden muss, solange es heiß ist.

Konrad-Adenauer-Stiftung, Außenstelle Kiew

Verantwortlich: Ralf Wachsmuth

Mitarbeit: André Drewelowsky

wul. Schowkowschtschna 10/4, 01021 Kiew / Ukraine

e-mail: konrad@adenauer.kiev.ua, Internet:

www.kas.de/Ukraine